



Unsere gemeinsame
Agenda

Kurzdossier 1

**Im Sinne der
kommenden
Generationen
denken und
handeln**

MÄRZ 2023



**Vereinte
Nationen**



Einleitung

VORWORT

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, lassen sich nur durch stärkere internationale Zusammenarbeit bewältigen. Der Zukunftsgipfel 2024 bietet Gelegenheit, multilaterale Lösungen für eine bessere Zukunft zu vereinbaren und die globale Ordnungspolitik für die heutigen und die kommenden Generationen zu stärken (Resolution 76/307 der Generalversammlung). In meiner Eigenschaft als Generalsekretär bin ich gebeten worden, zu den Gipfelvorbereitungen Beiträge in Form von handlungsorientierten Empfehlungen zu leisten, die auf den Vorschlägen in meinem Bericht *Unsere gemeinsame Agenda* (A/75/982) aufbauen, der seinerseits eine Antwort auf die Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag des Bestehens der Vereinten Nationen (Resolution 75/1 der Generalversammlung) war. Dieses Kurzdossier ist ein solcher Beitrag. Es entwickelt die in Unserer gemeinsamen Agenda erstmals vorgestellten Ideen weiter, berücksichtigt spätere Handlungsanleitungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und mehr als ein Jahr zwischenstaatlicher Konsultationen sowie Konsultationen mit einer Vielzahl von Interessenträgern und beruht auf den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Rechtsinstrumenten.

ZWECK DIESES KURZDOSSIERS

Das Kurzdossier enthält Vorschläge zu praktischen Schritten zur Erfüllung unserer seit langem bestehenden Verpflichtung, den Bedürfnissen der Gegenwart so gerecht zu werden, dass die Interessen der kommenden Generationen gewahrt werden und ihre Fähigkeit erhalten bleibt, alle Menschenrechte effektiv auszuüben. Zu diesen Vorschlägen gehören

- a) eine Gesandte oder ein Gesandter, die oder der auf globaler Ebene als Sprachrohr für die kommenden Generationen fungiert,
- b) die bessere Nutzung von Prognosen, Wissenschaft und Daten,
- c) eine Erklärung, in der unsere Pflichten gegenüber den kommenden Generationen definiert und konkretisiert werden, und
- d) ein spezielles zwischenstaatliches Forum, das die Umsetzung der Erklärung vorantreiben und bewährte Verfahren weitergeben soll.

Diese Anregungen stützen sich auf *Unsere gemeinsame Agenda* und die späteren zwischenstaatlichen und interessenpluralistischen Konsultationen, die in dem von den Ständigen Vertretungen Fidschis und der Niederlande bei den Vereinten Nationen ausgearbeiteten Elementepapier für die Erklärung für die kommenden Generationen zum Ausdruck kommen.¹ Das Kurzdossier

geht auf die von Mitgliedstaaten während der Konsultationen aufgeworfenen Fragen ein, einschließlich der Frage, wie die kommenden Generationen zu definieren sind, wie wir unsere Verpflichtung ihnen gegenüber mit unseren Pflichten gegenüber den heutigen Generationen in Einklang bringen können, wie die Vorschläge unsere bestehenden Ziele für nachhaltige Entwicklung, Geschlechtergleichstellung und Menschenrechte voranbringen und welche Ergebnisse diesbezüglich für den Zukunftsgipfel empfohlen werden.

Die Logik, die diesen Vorschlägen zugrunde liegt, ist einfach. Was wir für die kommenden Generationen tun, müssen wir auch für uns selbst tun, nämlich die in der Zukunft liegenden Herausforderungen und Chancen viel ernster nehmen, als es derzeit der Fall ist. Wir wissen, dass wir zu weitsichtigem kollektivem Handeln fähig sind, wie die erfolgreiche Wiederherstellung der Ozonschicht beweist. Andererseits wären wir den Zielen für nachhaltige Entwicklung heute viel näher, wenn wir uns ernsthafter um die Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs bemüht oder in die Pandemievorsorge investiert hätten. Die Befriedigung der heutigen und die Berücksichtigung der



„For the Planet“ von Eduardo Kobra (Wandgemälde am Amtssitz der Vereinten Nationen, First Avenue, New York)

zukünftigen Bedürfnisse erfordert keinen Kompromiss. Vielmehr kann es ohne Langzeitperspektive keine Lösung für die Probleme der Gegenwart geben.² Die bewusste Berücksichtigung der Zukunft schafft für alle Generationen Mehrwert.

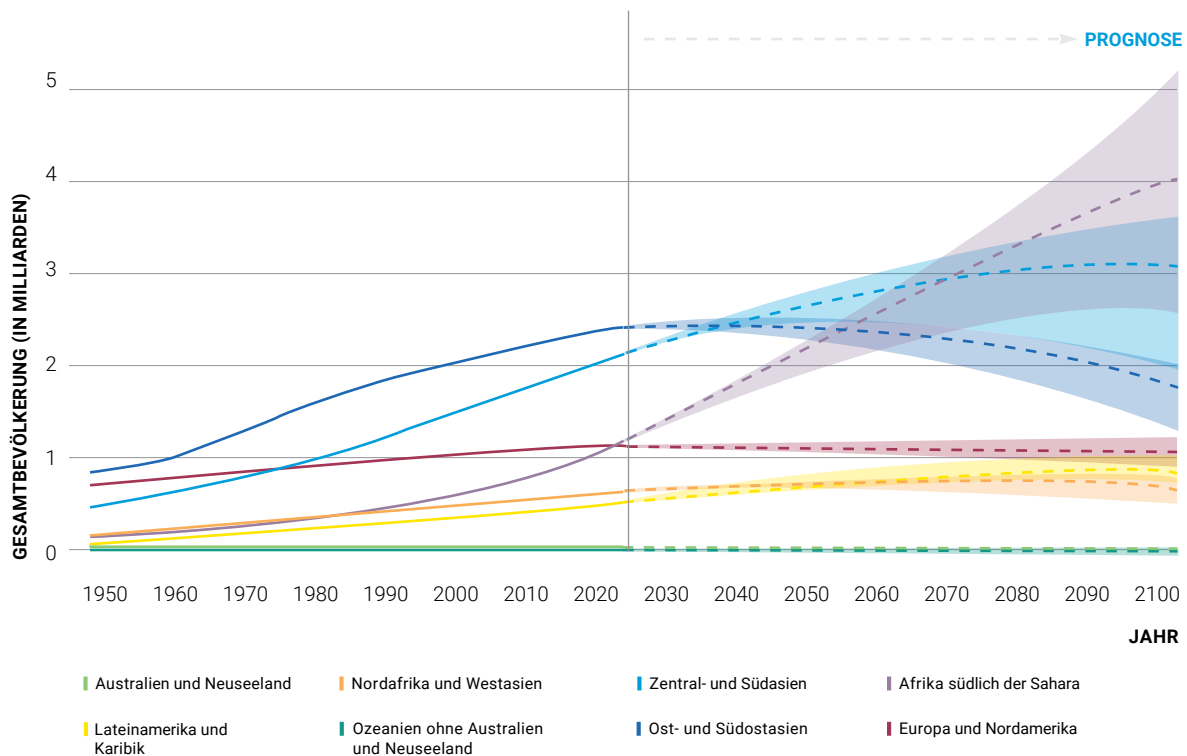
Wer sind die kommenden Generationen, und warum ist unser Handeln für sie von Bedeutung?

Der Begriff „kommende Generationen“ bezieht sich auf alle unsere Nachfahren³. Unser Handeln beeinflusst heute schon ihr Leben und ihre Fähigkeit, alle Menschenrechte wirksam auszuüben und ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Unsere Nachfahren unterscheiden sich von den heutigen Generationen und werden nach aktuellen demografischen Projektionen viel zahlreicher sein als diese. Allein bis zum Ende dieses Jahrhunderts werden voraussichtlich mehr als 10 Milliarden Menschen geboren werden, vorwiegend in Ländern mit derzeit niedrigem oder mittlerem Einkommen⁴.

Die heute lebenden Kinder und Jugendlichen mögen einen besonderen Bezug zu den kommenden Generationen haben, und ihre Interessen mögen sich mit deren Interessen überschneiden, gleich sind sie jedoch nicht. Die heute lebenden jungen Menschen sollen nicht damit belastet werden, Sachwalterinnen und Sachwalter der Belange unserer Nachfahren zu sein, doch verdienen sie ihren eigenen festen Platz am Tisch⁵.

ABBILDUNG I

BEVÖLKERUNG NACH REGIONEN: SCHÄTZUNGEN (1950-2022) UND MITTLERE PROGNOSE MIT 95-PROZENT-KONFIDENZINTERVALL (2022-2100)⁶



Der Sinn, einen Schwerpunkt auf die kommenden Generationen zu legen, besteht darin, dass sie uns noch nicht selbst sagen können, was sie benötigen oder denken. Natürlich gibt es vieles, was wir nicht über sie wissen können. Wir wissen jedoch, dass eine Verpflichtung, so zu handeln, dass die Fähigkeit der kommenden Generationen, alle Menschenrechte effektiv auszuüben und in der Zukunft selbst über ihre Bedürfnisse zu bestimmen, erhalten bleibt, bereits in zahllosen internationalen Übereinkünften und im Konzept der nachhaltigen Entwicklung selbst verankert ist. Letzteres ist definiert als „die Befriedigung der Bedürfnisse in der Gegenwart, ohne die Fähigkeit der kommenden Generationen zu beeinträchtigen, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen“⁷. Und doch treten wir diesen Grundsatz jeden Tag mit Füßen, während wir wie Schlafwandler auf das in Unserer gemeinsamen Agenda beschriebene Szenario des Zusammenbruchs zusteuern.

Viele Aspekte unserer heutigen Lebensweise werden sich noch weit in die Zukunft hinein auswirken. Manche werden negative Folgen für die kommenden Generationen haben, deren Wohlergehen oder gar Überleben durch Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Umweltverschmutzung, einen zu sorglosen Umgang mit neuen Technologien, Rückschritte bei den Menschenrechten, anhaltende Ungleichheit und Ausgrenzung, nicht nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, die unzureichende Berücksichtigung der Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung in den Ländern, in denen die meisten Angehörigen der kommenden Generationen geboren werden, einen schlechten Umgang mit überlebensgefährdenden Bedrohungen und katastrophalen Risiken für die Menschheit und viele andere Entwicklungen, einschließlich derer, die im „Elementepapier für die Erklärung für die kommenden Generationen“⁸ dargelegt sind, dauerhaft gefährdet sein könnten.

Gleichzeitig bieten sich mit den Fortschritten in den Natur- und Geisteswissenschaften und in der Technologie enorme Chancen, die zum Wohle der gesamten Menschheit – heute und in Zukunft –

genutzt werden könnten. Darüber hinaus sind wir wie noch nie zuvor in der Lage, die langfristigen Auswirkungen unserer gegenwärtigen Entscheidungen vorherzusehen, zu bewerten und abzumildern⁹. Eine wirksame Verbindung zwischen der Wissenschaft und der Politikgestaltung müssen wir jedoch erst noch herstellen. Der Großteil der folgenschweren Entscheidungen wird ohne Rücksicht auf die Langzeitfolgen getroffen, obwohl inzwischen allgemein anerkannt ist, dass die Interessen der kommenden Generationen „auf allen Entscheidungsebenen berücksichtigt werden sollen“¹⁰. Es liegt in der Verantwortung der heutigen Generationen, „Entwicklungen aufzuhalten und zu verhindern, die das Überleben der kommenden Generationen bedrohen könnten, [darunter] Klimawandel, Konflikte und neue Technologien“¹¹.

Die Erfüllung unserer Verpflichtung, die kommenden Generationen zu berücksichtigen, muss nicht auf Kosten der heutigen Generationen gehen. An ihrem Anfang stehen im Gegenteil verstärkte Anstrengungen, Frieden, Nachhaltigkeit, Menschenrechte, Fairness, Inklusion und Gleichheit in der Gegenwart herbeizuführen. Eine faire und gerechte Verteilung von Chancen und Ressourcen heute bedeutet bessere und gerechter verteilte Chancen und Ergebnisse für die kommenden Generationen. Die meisten Hauptprobleme unserer Zeit sind durch komplexe und langfristige soziale, wirtschaftliche, politische, technologische und natürliche Veränderungen geprägt, die sich einer einfachen oder schnellen Lösung innerhalb einzelner Haushaltsperioden oder Wahlzyklen entziehen. In der Tat sind Lösungen nur durch eine Langzeitperspektive zu erreichen. Weiterzumachen wie bisher, hilft weder den heutigen noch den kommenden Generationen. Insgesamt ist die Berücksichtigung der Zukunft nicht nur eine immer praktischere und dringendere Notwendigkeit, sondern auch eine ethische Verpflichtung gegenüber den heute lebenden wie den noch nicht geborenen Menschen. Trotz wiederholter Zusagen gibt es jedoch innerhalb der Vereinten Nationen keinen speziellen Mechanismus, der dies sicherstellt.

Wir haben uns darauf verpflichtet, die kommenden Generationen zu berücksichtigen

Verpflichtungen gegenüber den kommenden Generationen sind fester Bestandteil von Bräuchen, Kulturen und Religionen in aller Welt, einschließlich indigener Wissenssysteme¹². Einzelstaatliche Verfassungen, Rechtsvorschriften und Gerichtsentscheide nehmen zunehmend auf diese Verpflichtungen Bezug, insbesondere im Bereich der Umwelt und des Schutzes der kulturellen und der biologischen Vielfalt.

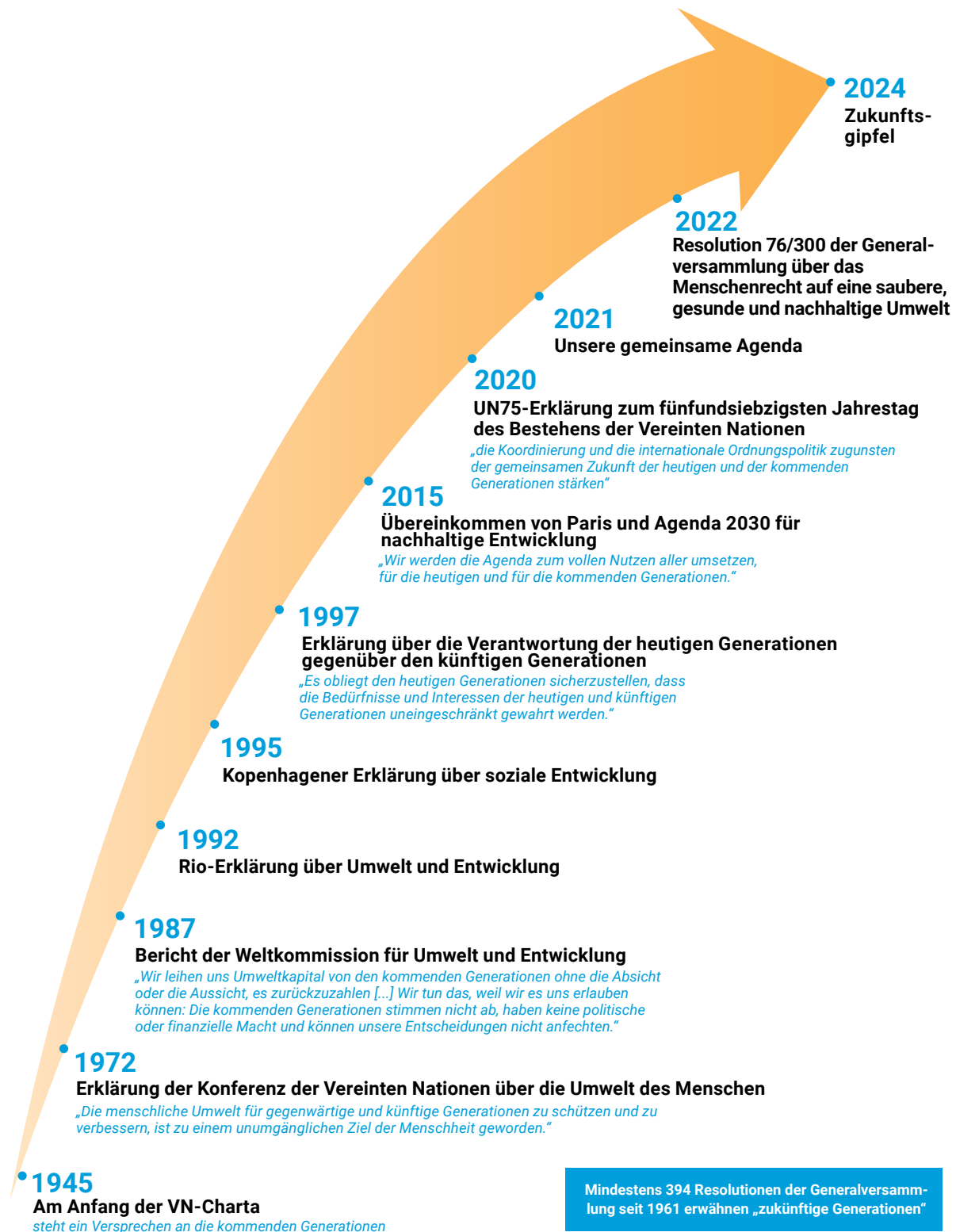
Die kommenden Generationen sind darüber hinaus in einer Vielzahl internationaler Übereinkünfte¹³ erwähnt. Verpflichtungen gegenüber den kommenden Generationen und die Anerkennung ihres Wertes gehen auf die Charta der Vereinten Nationen und das darin enthaltene Versprechen zurück, „die kommenden Generationen“ vor der Geißel des Krieges zu bewahren. Auch in frühen internationalen Umwelt- und Menschenrechtsübereinkünften tauchen solche Verpflichtungen auf (siehe Abbildung II und Anhang II) und sind ab 1972 häufiger zu finden, insbesondere in Übereinkünften über nachhaltige Entwicklung¹⁴. Im Laufe der 1990er-Jahre wurden diese Verpflichtungen durch eine Reihe wegweisender Übereinkünfte fest verankert¹⁵. Erwähnenswert ist auch die 1997 von den Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) verabschiedete Erklärung über die Verantwortung der heutigen Generationen gegenüber den künftigen Generationen, die erste internationale Erklärung zu diesem Thema¹⁶. Im Jahr 2013 gab mein Vorgänger auf Ersuchen der Mitgliedstaaten einen Bericht heraus, der Optionen dafür enthielt, wie die Sorge

um die kommenden Generationen bei den Vereinten Nationen institutionalisiert werden kann ([A/68/322](#))¹⁷.

Sowohl in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung als auch im Übereinkommen von Paris werden die kommenden Generationen klar anerkannt, und mit zunehmender Besorgnis über Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit wird häufiger und mit größerer Dringlichkeit auf die Pflichten der heutigen gegenüber den kommenden Generationen verwiesen¹⁸. In bisher fast 400 Resolutionen der Generalversammlung wird ausdrücklich auf die kommenden Generationen Bezug genommen. Darüber hinaus erwägt eine Gruppe von Staaten derzeit, die Generalversammlung um ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zu den Verpflichtungen der Staaten in Bezug auf den Klimawandel zu ersuchen¹⁹. In der Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag des Bestehens der Vereinten Nationen verpflichteten sich die Mitgliedstaaten zur Stärkung der „internationale[n] Ordnungspolitik zugunsten der gemeinsamen Zukunft der heutigen und der kommenden Generationen“, und als Reaktion darauf rief ich in Unserer gemeinsamen Agenda zu konkreten Schritten auf, unsere Verpflichtungen in die Tat umzusetzen. In „Das höchste Streben: Ein Aktionsaufruf für die Menschenrechte“ wurde anerkannt, dass die Wahrung der Rechte der kommenden Generationen, vor allem im Kontext der Klimagerechtigkeit, eine unserer dringlichsten Herausforderungen darstellt. In dem Elementepapier wurden auch die jüngsten Überlegungen der Mitgliedstaaten zu diesen Fragen festgehalten.

Abbildung II

EINE GESCHICHTE DER VERPFLICHTUNG GEGENÜBER DEN KOMMENDEN GENERATIONEN



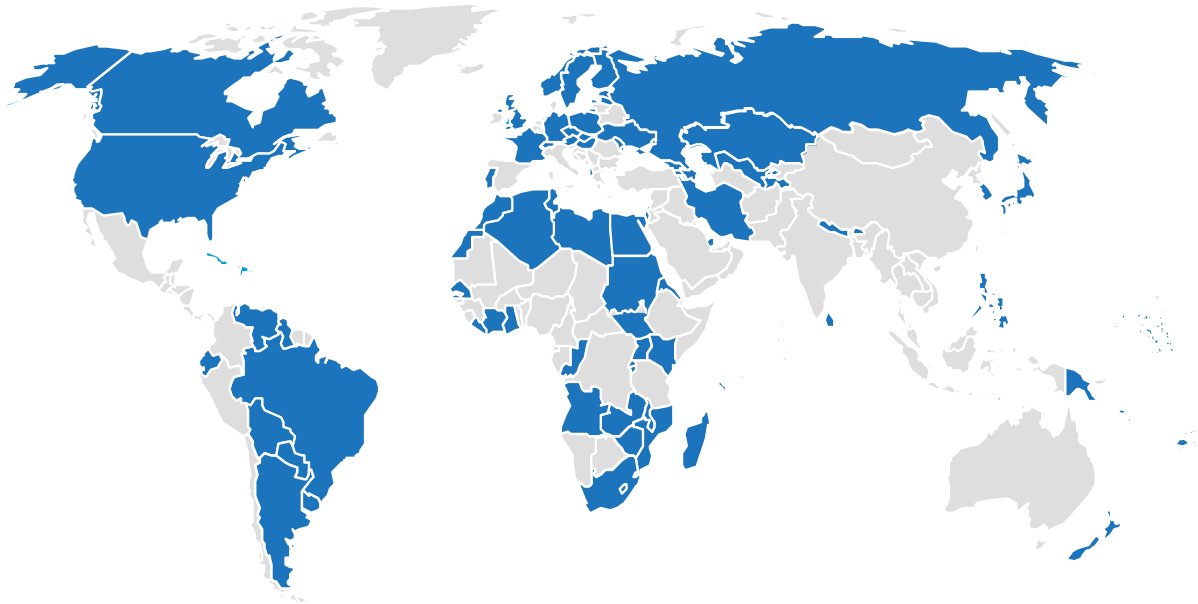
Auf nationaler und subnationaler Ebene haben Länder in aller Welt zukunftsichernde Vorkehrungen getroffen. Schätzungen zufolge nehmen heute fast die Hälfte aller schriftlich niedergelegten Verfassungen auf die kommenden Generationen Bezug²⁰. Gerichte verstärken mehr und mehr den Schutz der kommenden Generationen, insbesondere in Fällen, die die Umwelt und Nuklearversuche betreffen²¹. In politischen Maßnahmen zur Verringerung der Kohlenstoffemissionen oder zur Abziehung öffentlicher Mittel von fossilen Brennstoffen wird häufig auf die kommenden Generationen verwiesen, und es gibt immer mehr Systeme für grüne Buchführung und Umweltrechnungslegung. Schon lange verwenden Regierungen Bevölkerungsprognosen, um die Finanzierung staatlicher Ruhestandsgehälter zu bestimmen, und einige dehnen diese Praxis auch auf den Bildungs- und den Gesundheitsetat aus. Viele Regierungen haben Einrichtungen zur Erhaltung der Umwelt, des Kulturerbes und der natürlichen Ressourcen für die heutigen und die kommenden Generationen geschaffen. Andere verfügen über Mechanismen, die ihnen helfen sollen, die künftigen Auswirkungen aller

Entscheidungen im öffentlichen Interesse zu verstehen und langfristiges Denken in die Prozesse zur Gestaltung ihrer Politik einzubinden.²² Einige Länder haben Rechtsvorschriften erlassen, die die Verantwortung für die Zukunftssicherung anerkennen und in manchen Fällen Institutionen mit dem ausdrücklichen Mandat der Zukunftsvertretung schaffen oder Ombudspersonen²³, parlamentarische Ausschüsse oder Kommissionen mit dem ausdrücklichen Mandat einsetzen, für die kommenden Generationen einzutreten oder in ihrem Namen zu handeln²⁴.

In den letzten Jahren stellen sich mehr und mehr Länder dieser Aufgabe, und es sind Anstrengungen im Gang, sie auf internationaler Ebene zusammenzubringen. Es gibt ein Netzwerk von Institutionen für die kommenden Generationen, das bewährte Verfahren weitergibt und die in anderen Ländern unternommenen Bemühungen um die Nachahmung dieser Modelle unterstützt, sowie ein neues internationales Forum für parlamentarische Diskussionen über Zukunftspolitik, das die parlamentarischen Ausschüsse für die Zukunft aus aller Welt zusammenbringt²⁵.

ABBILDUNG III

EINIGE LÄNDER, DIE IN IHRER VERFASSUNG AUF DIE KOMMENDEN GENERATIONEN BEZUG NEHMEN UND/ODER ÜBER INSTITUTIONEN VERFÜGEN, DIE DEREN INTERESSEN SCHÜTZEN



■ Länder mit Bezugnahme auf die kommenden Generationen in ihrer Verfassung

Anmerkung: Die in dieser Karte abgebildeten Grenzlinien und Namen und verwendeten Bezeichnungen implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

Den meisten dieser Modelle ist das Ziel gemeinsam, Wissen mit Handeln zu verbinden und zu diesem Zweck ein Verständnis der Zukunftswirkungen unserer heutigen Entscheidungen zu entwickeln und dieses Verständnis in den Dienst der Entscheidungsverantwortlichen zu stellen. Manche versuchen die Vertretung der kommenden Generationen einzubinden, damit diese in

Debatten „gehört“ werden. Diesem Vorgehen könnten wir nun auf internationaler Ebene folgen, um unsere schon lange bestehenden globalen Verpflichtungen in praktische Maßnahmen umzusetzen und zusätzliche Anstrengungen auf nationaler Ebene in einem breiteren Spektrum von Ländern zu fördern und zu unterstützen.

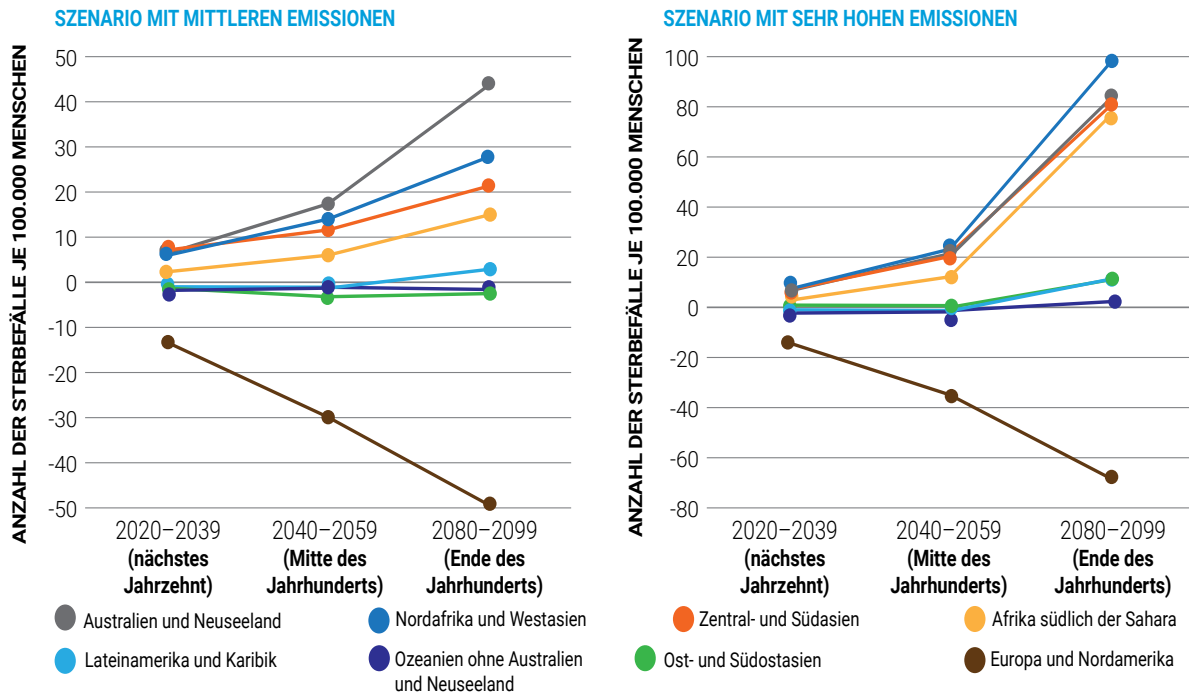
Ein Tätigwerden zugunsten der kommenden Generationen trägt zur Erreichung der Ziele in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Geschlechtergleichstellung und Menschenrechte bei

Die Wahrung der Rechte und die Befriedigung der Bedürfnisse der heute lebenden Menschen ist eine Voraussetzung für die Sicherung einer besseren Zukunft. Daher müssen wir im Namen der kommenden Generationen zuallererst die Verpflichtungen gegenüber den heute lebenden Menschen auf nachhaltige Weise und mit stärker langfristig orientiertem Denken erfüllen. Den heutigen wie den kommenden Generationen werden stärkere globale Systeme zugutekommen, in deren Mittelpunkt die nachhaltige Entwicklung steht²⁶. Die **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** und das Klimaübereinkommen von Paris bieten einen Plan dafür, wie sich die Bedürfnisse der heutigen Generationen befriedigen lassen, ohne die Zukunft zu gefährden²⁷. Viele der Ziele und Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung haben eine stark generationenübergreifende Bedeutung (siehe Abbildung V). Die Ungleichheit zwischen

den Generationen in Bezug auf die Auswirkungen des Klimawandels ist heute bereits zu sehen und dürfte nur noch größer werden²⁸. Die meisten Mitglieder der kommenden Generationen werden in Ländern mit derzeit niedrigem oder mittlerem Einkommen zur Welt kommen. Viele werden in Küstenstädten leben. Diese Orte sind weltweit mit am stärksten durch den Klimawandel gefährdet. Die Maßnahmen, die heute unternommen werden, um die Entwicklung der Menschen in diesen Ländern zu unterstützen, nutzen auch den kommenden Generationen. Investitionen in soziale und grundlegende Dienstleistungen, die Reform der internationalen Finanzarchitektur zum Abbau der Ungleichheiten in und zwischen Ländern und die Schaffung von Chancen für menschenwürdige Arbeit werden eine nachhaltige Entwicklung zum Nutzen der heutigen und der kommenden Generationen gewährleisten.

ABBILDUNG IV

VERÄNDERUNGEN DER STERBLICHKEITSRATEN AUFGRUND DER GLOBALEN ERWÄRMUNG, NACH REGION (2020-2099)



Quelle: Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, Human Climate Horizons. Auf Englisch verfügbar unter <https://horizons.hdr.undp.org> (abgerufen am 9. Februar 2023).

Anmerkung: Das Szenario mit mittleren Emissionen entspricht dem repräsentativen Konzentrationspfad (RCP) 4,5; das Szenario mit sehr hohen Emissionen entspricht RCP 8,5.

Die weiter bestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern müssen umfassend berücksichtigt werden, um eine Zukunft zu vermeiden, in der eine Hälfte der Gesellschaft unter Ausschluss der anderen und zum Nachteil aller die Macht ausübt. Die Tatsache, dass Ungleichheit, so auch zwischen den Geschlechtern, generationenübergreifend weitergegeben wird, ist gut dokumentiert²⁹. Die Gleichstellung der Geschlechter ist einer der entscheidenden Faktoren dafür, dass die kommenden Generationen ein Leben in Würde und mit Rechten genießen können. Die gleichberechtigte Vertretung und Teilhabe der Frauen steht im Mittelpunkt der Umgestaltung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Modelle, die in der Vergangenheit auf Ausgrenzung und Ausbeutung aufbauten. Darüber hinaus wirken die Rechte von Frauen und Mädchen als Multiplikatoren für eine langfristige

nachhaltige Entwicklung. Wir wissen, dass der Zugang von Frauen und Mädchen zu Bildung und lebenslangem Lernen, zu wirtschaftlichen Möglichkeiten, Kultur und einem Leben ohne Gewalt enorme Vorteile mit sich bringt, auch für die kommenden Generationen.³⁰ Trotz der an vielen Fronten erzielten Fortschritte, auch in der Gesetzgebung und der Politik weltweit, sind Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und Widerstand gegen die Geschlechtergleichstellung in der Praxis ein besorgniserregender Trend. Damit auch die kommenden Generationen in der Lage sind, ihre Rechte zu genießen und ihre Bedürfnisse selbst zu bestimmen, müssen dringend Maßnahmen zur Stärkung der Geschlechtergleichstellung getroffen werden, darunter die in Unserer gemeinsamen Agenda dargelegten fünf transformativen Maßnahmen.

Wären die Menschenrechte der heutigen Generationen vollständig verwirklicht, wären wir für die Sicherung der Zukunft weitaus besser positioniert. Die Anerkennung unserer Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass die kommenden Generationen ihre Menschenrechte genießen können, liefert klare Vorgaben für die Entscheidungsfindung in ihrem Namen. Diese Verantwortung gilt für das gesamte Spektrum der Menschenrechte, einschließlich des kürzlich anerkannten Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt, das die Grundlage für die Wahrnehmung einer Vielzahl weiterer Rechte ist, darunter das Recht auf Leben, Gesundheit, Nahrung, Wohnraum, Wasser- und

Sanitärversorgung und Selbstbestimmung (Resolution [76/300](#) der Generalversammlung). Wenn die Anerkennung dieser Verpflichtung in transformative wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische Maßnahmen münden soll, ist kühnes Handeln vonnöten. In ähnlicher Weise würden höhere Investitionen in die Verwirklichung von Rechten, beispielsweise des Rechts, die Vorteile des wissenschaftlichen Fortschritts zu genießen, dafür sorgen, dass die nachteiligen Auswirkungen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen besser vorhergesehen und abgemildert werden können, und die Entscheidungsfindung auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse fördern.

ABBILDUNG V

DIE KOMMENDEN GENERATIONEN UND DIE ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG³¹

	Elterliche Vorteile bei Einkommen, Gesundheit und Bildung prägen den gesamten Lebensweg ihrer Kinder und führen häufig dazu, dass Chancen generationenübergreifend „gehörtet“ werden. Je größer die Ungleichheit in der menschlichen Entwicklung, desto geringer die intergenerationale soziale Mobilität beim Einkommen – und umgekehrt.		Ungleichheit beginnt mit der Geburt und bestimmt die Freiheit und die Chancen von Kindern, Erwachsenen und älteren Menschen und der nächsten Generation. Maßnahmen zur Verhinderung von Ungleichheiten können lebensbegleitend sein. Die Verringerung horizontaler Ungleichheiten ist der Schlüssel zur Überwindung sozio-ökologischer Fallen für die kommenden Generationen.
	Hunger in jungen Jahren beeinträchtigt das Wohlergehen im weiteren Lebensverlauf und wirkt sich generationenübergreifend aus. Den kommenden Generationen droht durch Klimawandel, Biodiversitätsverlust und nicht nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken Ernährungsunsicherheit.		Nachhaltige Städte können wirtschaftliche Chancen für einen umweltfreundlichen städtischen Wandel eröffnen und die städtische Sozialentwicklung auf neue Lebensstile und Verhaltensweisen ausrichten, die ökologisch nachhaltig, gerecht, inklusiv und für alle wohlfördernd sind.
	Gesundheitliche Vorteile der Eltern führen dazu, dass Chancen generationenübergreifend „gehörtet“ werden. [HDR 2019]. Sind Gesundheitsversorgung und -systeme insbesondere für die Gesundheit von Frauen und Müttern unzureichend, schmälert dies die Lebenschancen ihrer Kinder und deren Kinder.		Förderung der Kreislaufwirtschaft und Müllvermeidungsinitiativen mit geeigneter Infrastruktur zugunsten eines verantwortungsvollen Konsums und Durchsetzung nachhaltiger Produktionsmaßnahmen für effiziente Ressourcennutzung und -wiederverwendung für die kommenden Generationen.
	Lerndefizite können zu einer Falle mit lebenslangen und sogar generationenübergreifenden Auswirkungen werden. Investitionen in Bildungssysteme haben nachweislich generationenübergreifende Auswirkungen.		Der Klimawandel wird die kommenden Generationen vielfältigen, ungleichen und lebenslangen Gesundheitsproblemen, zunehmenden Naturkatastrophen und Störungen der Nahrungsmittel- und Wasserversorgung und der unwiederbringlichen Zerstörung natürlicher Ökosysteme aussetzen, was sich auf den Lebensunterhalt und das Wohlergehen der Menschen auswirkt.
	Die Stärkung der Frauen erhöht Gleichberechtigung und Lebenschancen in der nächsten Generation, da Kinder eher zur Schule gehen. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen trägt zu einem Wirtschaftswachstum bei, das den kommenden Generationen zugutekommt.		Die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen wird den kommenden Generationen zugutekommen, die vorwiegend in küstennahen, städtischen Gebieten im globalen Süden leben werden.
	Investitionen in eine widerstandsfähige Infrastruktur, die den Zugang zu sauberem und einwandfreiem Wasser für alle gewährleistet, beugen langfristig Krankheiten und Epidemien vor und tragen gleichzeitig zu einer nachhaltigen städtischen und ländlichen Umwelt bei.		Das menschliche Wohl ist untrennbar mit der Natur und einem gesunden Planeten verbunden. Ein Rückgang der biologischen Vielfalt senkt die Widerstandsfähigkeit der Natur gegenüber dem Klimawandel und Naturgefahren, birgt Zoonose- und Gesundheitsrisiken und beeinträchtigt Landwirtschaft und Süßwassersysteme sowie die Zukunftschancen auf grüne Arbeitsplätze.
	Zugängliche, bezahlbare und saubere Energie wird die heutigen Generationen aus der Armut befreien, zu Klimamaßnahmen und zur Vermeidung von Umweltverschmutzung beitragen sowie grüne Beschäftigungschancen schaffen.		Konstruktive Teilhabe, Zugang zur Justiz und wirksame, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen bilden die Grundlage für die Regierungsführung mit Blick auf die kommenden Generationen. Wirksame Institutionen denken eher langfristig.
	Zur Vorbereitung junger, aber auch anderer Menschen auf die Wirtschaft der Zukunft und zur Schaffung eines inklusiven Wirtschaftswachstums bedarf es Investitionen in menschenwürdige Arbeitsplätze, auch in der grünen, der Pflege- und der digitalen Wirtschaft, sowie in die Kompetenzentwicklung.		Durch den Aufbau und die Stärkung von Multi-Akteur-Partnerschaften und die gemeinsame Nutzung von Fähigkeiten, Ressourcen und Perspektiven können wir kollektiv zur Verbesserung der Lebenschancen kommender Generationen beitragen.
	Digitale Inklusion und Gleichstellung werden dazu beitragen, dass die Vorteile der digitalen Vernetzung gleichmäßiger auf die Generationen verteilt sind. Fehlende Infrastruktur behindert die Entwicklung und verfestigt die Armut.		

Von der Verpflichtung zur Realität: Schritte für das System der Vereinten Nationen

In Unserer gemeinsamen Agenda habe ich das System der Vereinten Nationen und die Mitgliedstaaten nachdrücklich aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die kommenden Generationen in unserer Arbeit berücksichtigt werden. Unter Berücksichtigung der obigen Ausführungen finden sich im Folgenden meine Vorschläge.

EINE SONDERGESANDTE ODER EIN SONDERGESANDTER FÜR DIE KOMMENDEN GENERATIONEN

Als ersten Schritt beabsichtige ich, eine Sondergesandte oder einen Sondergesandten für die kommenden Generationen zu ernennen, die/der als die Stimme der kommenden Generationen im System der Vereinten Nationen dienen soll. Dieser Vorschlag ist nicht neu, doch bin ich der Ansicht, dass seine Zeit jetzt gekommen ist, denn es gibt viele Präzedenzfälle auf nationaler Ebene, erhebliches Interesse auf globaler Ebene und zahlreiche Belege dafür, dass Fürsprecherinnen und Fürsprecher für die Zukunft uns zu nachhaltigeren Entscheidungen verhelfen können.³²

Die oder der Gesandte wäre nicht operativ tätig, sondern nähme Beratungs- und Fürspracheaufgaben wahr und würde beispielsweise

- > die Interessen der kommenden Generationen im gesamten System der Vereinten Nationen und gegebenenfalls in zwischenstaatlichen und interessenpluralistischen Prozessen vertreten und verteidigen;
- > die Mitgliedstaaten und das System der Vereinten Nationen bei der Sensibilisierung für die wahrscheinlichen generationenübergreifenden oder künftigen Auswirkungen der erwogenen Politiken und Programme unterstützen, Rat dazu erteilen und dabei einzelstaatliche Beispiele und Erfahrungen zugrunde legen und zu diesem Zweck Forschungsarbeiten durchführen und hochwertige Informationen, Bewertungen und Empfehlungen bereitstellen und an einschlägigen Erörterungen teilnehmen;
- > die Zusammenarbeit und die Weitergabe von Erkenntnissen und bewährten Verfahren zwischen sachverständigen Institutionen, Ausschüssen und Netzwerken für die kommenden Generationen moderieren, auch auf nationaler und subnationaler Ebene;
- > Mitgliedstaaten auf Anfrage kollektiv wie individuell als Koordinierungsstelle für Maßnahmen zur Einbeziehung der kommenden Generationen und langfristigen Denkens in globale, nationale und subnationale politische Entscheidungsprozesse

unterstützen und Ressourcen für den Aufbau diesbezüglicher Kapazitäten in die entsprechenden Bahnen lenken;

- im System der Vereinten Nationen langfristiges Denken und eine bessere Nutzung von Prognosen und Erkenntnissen zu Zukunftsrisiken, -herausforderungen und -chancen erleichtern, um die Mitgliedstaaten zu unterstützen, und dabei neben anderen Ressourcen das Netzwerk „Zukunftslabor“ und den wissenschaftlichen Beratungsmechanismus nutzen.

Die oder der Gesandte könnte auch beauftragt werden, der Generalversammlung und/oder einem speziellen zwischenstaatlichen Forum jährlich Bericht zu erstatten, falls ein solches Forum eingerichtet oder bestimmt wird.

ABBILDUNG VI

WICHTIGSTE FUNKTIONEN EINER ODER EINES SONDERGESANDTEN DES GENERALSEKRETÄRS FÜR DIE KOMMENDEN GENERATIONEN



BESSERE NUTZUNG VON PROGNOSEN, WISSENSCHAFT UND DATEN

Die oder der Gesandte könnte nach der Ernennung andere im Kontext Unserer gemeinsamen Agenda im System der Vereinten Nationen bereits laufende Bemühungen dafür nutzen, die Zukunftswirkungen heutigen Handelns zu verstehen und diesen Erkenntnissen entsprechend systematisch zu handeln. Die Fähigkeit, aussagekräftige Erkenntnisse zu Zukunftswirkungen zu gewinnen, hat sich in den letzten Jahrzehnten enorm verbessert. So ist die Klimawissenschaft heute weit ausgereifter als früher, und ihre Erkenntnisse werden den Entscheidungsverantwortlichen über die regelmäßigen Berichte des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen in verwertbarer Form zur Verfügung gestellt. Mehrere Vorschläge in Unserer gemeinsamen Agenda haben Anstrengungen zur systematischeren Nutzung von Daten und wissenschaftlichen Erkenntnissen in Gang gesetzt oder beschleunigt, beispielsweise über die Datenstrategie des Generalsekretärs, das Netzwerk „Zukunftslabor“, einen neuen wissenschaftlichen Beratungsmechanismus, die regelmäßige Erstellung eines globalen Risikoberichts und das Netzwerk für strategische Prognosen des Hochrangigen Ausschusses für Programmfragen.

Wie in dem Elementepapier dargelegt, könnte jedoch mehr getan werden, um eine solide, integrierte empirische Grundlage zu Zukunftswirkungen zu schaffen und die Praxis auszubauen, wichtige Politiken und Programme durch die Berücksichtigung dieser Grundlagen systematisch für die Zukunft zu rüsten³³. Einige Interessenträger haben vorgeschlagen, für die Entscheidungen, die am ehesten langfristige Auswirkungen haben, beispielsweise in den Bereichen Umwelt, Bildung,

Kultur, Technologie, Gesundheit oder nachhaltige Entwicklung, Bewertungen der Zukunftswirkung oder „Generationentests“ vorzunehmen³⁴. Andere haben vorgeschlagen, dass eine Gesandte oder ein Gesandter die Maßnahmen der Vereinten Nationen zur besseren Berücksichtigung langfristiger demografischer Projektionen oder einer beschleunigten Urbanisierung ankurbeln könnte. Durch Kapazitäten und Instrumente für strategische Prognosen, beispielsweise Indizes für die Solidarität zwischen den Generationen, könnten die Umsetzung von Entscheidungen im Zeitverlauf überwacht und ein stärkeres Gefühl der

Verbundenheit mit den kommenden Generationen geschaffen werden³⁵. Ausgehend von der Arbeit des Hochrangigen Ausschusses für Programmfragen könnte auch eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Politiken und Programme veranlasst werden³⁶. Die oder der Gesandte könnte Verbindungen zwischen den vorhandenen nationalen Institutionen für die kommenden Generationen und den Mechanismen und Prozessen der Vereinten Nationen, darunter die freiwilligen nationalen Überprüfungen, die Sonderverfahren des Menschenrechtsrats, die Allgemeine regelmäßige Überprüfung und die Vertragsorgane, vermitteln.

Von der Verpflichtung zur Realität: Empfehlungen für die Mitgliedstaaten

Auf zwischenstaatlicher Ebene lege ich den Mitgliedstaaten eindringlich nahe, zielführende Maßnahmen zu ergreifen, um die Interessen der kommenden Generationen zu wahren und ihre Fähigkeit, ihre Menschenrechte wirksam zu genießen, zu erhalten, und dabei die auf nationaler Ebene bereits vorhandenen Modelle und die schon bestehenden festen Zusagen heranzuziehen. Ich bitte die Mitgliedstaaten, in dieser Hinsicht die beiden folgenden konkreten Schritte in Erwägung zu ziehen: a) die Annahme einer Erklärung, in der die Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen konkretisiert wird; und b) die Einrichtung eines speziellen zwischenstaatlichen Mechanismus für die Erörterung und den Austausch bewährter Verfahren. Beide Schritte würden auf den bereits geführten wegweisen den Konsultationen aufbauen, die von den Ständigen Vertretungen Fidschis und der Niederlande in hervorragender Weise moderiert und in ihrem Elementepapier festgehalten wurden.

EINE ERKLÄRUNG FÜR DIE KOMMENDEN GENERATIONEN

Eine Erklärung für die kommenden Generationen könnte die von den Mitgliedstaaten bereits eingegangene kollektive Verpflichtung verdeutlichen und konsolidieren und gleichzeitig präzisieren, wie die praktische Umsetzung aussehen könnte. Einige Staaten haben sich dahingehend geäußert, dass im Rahmen einer solchen Erklärung eine feste Verpflichtung zur Wahrung der Interessen

der kommenden Generationen bei allen Entscheidungsprozessen eingegangen werden soll, die die Identifikation, das Management und die Überwachung globaler existenzieller Risiken und die Ausrichtung der Politiken und Programme auf eine langfristige nachhaltige Entwicklung umfasst.³⁷

Zu diesem Zweck könnte die Erklärung aufbauend auf dem Elementepapier und den bisherigen zwischenstaatlichen Diskussionen unsere Pflichten gegenüber den kommenden Generationen definieren und konkretisieren, indem sie

- a) die Verpflichtungen, die wir gegenüber den kommenden Generationen bereits eingegangen sind (teilweise in Anhang II aufgeführt) rekapituliert und in einem klaren internationalen Instrument konsolidiert;
- b) das Versprechen enthält, diese Verpflichtungen an eine neue Ära und neue Herausforderungen anzupassen;
- c) den Wert der Bedürfnisse, der Interessen und der Entscheidungsfreiheit der kommenden Generationen aufbauend auf den Artikeln 1 und 2 der Erklärung über die Verantwortung der heutigen Generationen gegenüber den künftigen Generationen anerkennt;
- d) zu einem klaren Verständnis dessen führt, wer die kommenden Generationen sind (Menschen, die noch nicht geboren sind, im Gegensatz zu den heute lebenden jungen Menschen) und in welcher Beziehung sie zur Gegenwart stehen;
- e) anerkennt, dass wir uns in einem Zeitalter existenzieller Bedrohungen,

katastrophaler Risiken, nicht nachhaltiger Praktiken, zunehmender Ungleichheiten und beispielloser Chancen befinden, die allesamt generationenübergreifende Auswirkungen haben;

- f) ferner anerkennt, dass wir die Pflicht haben, künftige Generationen vor vorhersehbaren Schäden zu schützen, die durch unser heutiges Handeln oder unsere heutige Untätigkeit verursacht werden;
- g) erneut bekräftigt, dass wir es den kommenden Generationen schuldig sind, unsere Bedürfnisse so zu befriedigen, dass ihre Fähigkeit, die ihren zu befriedigen, nicht beeinträchtigt wird;
- h) uns darauf verpflichtet, bei Entscheidungen auf internationaler wie nationaler Ebene die kommenden Generationen zu berücksichtigen;
- i) die Problembereiche aufführt, die die kommenden Generationen am stärksten betreffen können und bei denen es ihre Interessen bewusst zu wahren gilt, aufbauend auf den im Elementepapier beschriebenen Voraussetzungen für eine nachhaltige Zukunft, darunter das Wohlergehen der Erde, eine sichere und friedliche Welt und die sichere Entwicklung von Technologien;
- j) die Einigung enthält, einen gemeinsamen Standard für die Ambitionen festzulegen und praktische Mechanismen zur Wahrung der Interessen und Rechte der kommenden Generationen auf allen Ebenen zu schaffen;
- k) uns auf den Fortbestand der Menschheit und die Erhaltung der menschlichen Spezies (auf der Grundlage der Artikel 3, 4 und 5 der Erklärung über die Verantwortung der heutigen Generationen gegenüber den künftigen Generationen) verpflichtet;

- l) die Ernennung einer oder eines Sondergesandten für die kommenden Generationen befürwortet, die oder der bewusstseinsfördernde, beratende und sachwalterische Aufgaben wahrnimmt und die Arbeit des multilateralen Systems im Bereich des langfristigen Denkens und der Prognose unterstützt, und die Gesandte oder den Gesandten bittet, der Generalversammlung regelmäßig Bericht zu erstatten;
- m) Maßnahmen zum Aufbau vernetzter Kapazitäten im gesamten System der Vereinten Nationen begrüßt, um die Politikgestaltung stärker auf die Zukunft auszurichten und Bewertungen der Zukunftswirkung wichtiger Politiken und Programme einzuführen;
- n) die Initiative, regelmäßig einen globalen Risikobericht herauszugeben, begrüßt und Möglichkeiten zur Vermeidung oder Verminderung von Risiken aufzeigt;
- o) einen Ausschuss oder ein Forum für die kommenden Generationen als Nebenorgan der Generalversammlung einrichtet und/oder regelmäßig informelle Sitzungen der Generalversammlung einberuft, um Erfahrungen auf nationaler und lokaler Ebene auszutauschen und dabei die Möglichkeit vorzusehen, mit vielen Interessenträgern, einschließlich nationaler Beauftragter, Institutionen oder Gremien für die kommenden Generationen, Kontakte zu pflegen;
- p) die Vereinbarung enthält, die vorstehend genannten Beschlüsse zu einem späteren Zeitpunkt zu überprüfen, um festzustellen, ob sie die gewünschte Wirkung erzielt haben, oder die Mitgliedstaaten auffordert, den Entwurf einer Resolution über die Umsetzung der Erklärung für die kommenden Generationen vorzulegen.

EIN SPEZIELLES FORUM FÜR DIE KOMMENDEN GENERATIONEN

Erklärungen sind dann besonders wirksam, wenn sie konkrete Umsetzungsmittel auf allen staatlichen Ebenen anregen und Verbindungen zu diesen knüpfen. Ein spezielles zwischenstaatliches Forum böte den Mitgliedstaaten im Zuge ihrer Einbindung des Schutzes der kommenden Generationen in den nationalen Kontext ein außerordentlich wertvolles Instrument für den Austausch von Erfahrungen und Innovationen. Um den Mitgliedstaaten und anderen Interessenträgern einen Raum zu bieten, in dem sie zusammenkommen können, um die Ziele der Erklärung voranzubringen, könnte die Einrichtung eines ständigen zwischenstaatlichen Forums für die kommenden Generationen unter der Schirmherrschaft der Generalversammlung in Betracht gezogen werden. Dieses Forum wäre kein Entscheidungsgremium, sondern eine Plattform für Diskussionen und Zusammenarbeit. Der in Unserer gemeinsamen Agenda enthaltene Vorschlag, den Treuhandrat umzufunktionieren, fand zwar bei den Mitgliedstaaten keinen Anklang, doch erhielt die Idee eines speziellen Forums für die kommenden Generationen während der Konsultationen zu Unserer gemeinsamen Agenda erheblichen Auftrieb.³⁸

Hierfür kommen viele Optionen in Betracht, die von einem neuen ständigen Forum zu einem wiederkehrenden Punkt auf der Tagesordnung eines bestehenden Gremiums reichen. Viele halten ein ständiges Forum für die geeignetste Lösung, um die Umsetzung der Erklärung zu ermöglichen und der Weltgemeinschaft gegenüber deutlich zu signalisieren, dass wir unsere Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen ernst nehmen. Alles andere birgt die Gefahr einer Fortsetzung des bisherigen Musters starker Rhetorik ohne praktische Umsetzungsmittel. Ich empfehle daher, ernsthaft die Einrichtung eines neuen

Nebenorgans der Generalversammlung in Form einer der Versammlung unterstellten Kommission für die kommenden Generationen zu erwägen. Ein solches Forum könnte unter anderem

- > erörtern, wie die in der Erklärung vereinbarten Grundsätze in die Praxis umgesetzt werden könnten, und entsprechende Anleitung geben;
- > von der oder dem Gesandten für die kommenden Generationen und anderen Akteuren eingehende Bewertungen der Auswirkungen von Entscheidungen auf die kommenden Generationen entgegennehmen;
- > aus nationalen und subnationalen Erfahrungen abgeleitete bewährte Verfahren weitergeben und auf globaler Ebene einen Raum für das Zusammentreffen der wachsenden Zahl nationaler und regionaler Gremien sowie von Angehörigen des Privatsektors, der Zivilgesellschaft, lokaler Behörden und der Jugend bieten;
- > eine konstruktive Beteiligung aller maßgeblichen Interessenträger gewährleisten, insbesondere die Beteiligung von Kindern und jungen Menschen als aktuellen und künftigen Entscheidungsverantwortlichen mit der größten Affinität für die kommenden Generationen;
- > die Herstellung der Zukunftsfähigkeit, die sich als der Ausbau der institutionellen, politischen und prozessbezogenen Kapazitäten zur Sicherung des langfristigen Überlebens der Menschheit durch die Berücksichtigung der Interessen der kommenden Generationen und die Auseinandersetzung mit extremen Risiken definieren ließe, systematisch berücksichtigen.

Schlussbetrachtung

Das Versprechen, unseren Nachfahren eine lebenswerte Welt zu hinterlassen, ist nicht neu. Maßnahmen, die jetzt zur Einlösung dieses Versprechens ergriffen werden, kommen auch den heute schon lebenden Menschen zugute. Wir können uns auf immer mehr Erfahrungen auf der nationalen und subnationalen Ebene stützen und sind den kommenden Generationen gegenüber wiederholt internationale Verpflichtungen eingegangen. All dies gilt es nun zusammenzuführen und auf der globalen Ebene, wo das Gros der folgenswersten Entscheidungen für die Menschheit getroffen wird, in die Praxis umzusetzen.

In der Charta der Vereinten Nationen haben wir uns verpflichtet, die kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sahen wir einer Welt entgegen, in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen, und betrachteten dies als das höchste Streben des Menschen.

Machen wir uns daran, diese Aspirationen wahr werden zu lassen.

Anhang I: Konsultationen mit den Mitgliedstaaten und anderen maßgeblichen Interessenträgern

Die Anregungen in diesem Kurzdossier stützen sich auf eine gehaltvolle jahrzehntelange Debatte über die Wahrung der Interessen der kommenden Generationen, die in einer wachsenden Zahl internationaler Übereinkommen, Resolutionen der Generalversammlung, nationaler Verfassungen und anderer Dokumente ihren Niederschlag gefunden hat, unter anderem in einem Bericht des Generalsekretärs aus dem Jahr 2013 ([A/68/322](#)) und den zahlreichen in Anhang II aufgeführten internationalen Instrumenten. Das Thema kristallisierte sich bei den im Rahmen der Begehung des fünfundsiebzigsten Jahrestags des Bestehens der Vereinten Nationen geführten Konsultationen und Dialogen, die mehr als 1,5 Millionen Menschen in 193 Ländern erreichten, als ein vorrangiges Anliegen heraus. Die Mitgliedstaaten verpflichteten sich, die internationale Ordnungspolitik zugunsten der „heutigen und der kommenden Generationen“ (Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag des Bestehens der Vereinten Nationen) zu stärken. Der Bericht „Unsere gemeinsame Agenda“ stützte sich auf umfangreiche zusätzliche Konsultationen mit den Mitgliedstaaten, dem System der Vereinten Nationen, Vordenkerinnen und Vordenkern, jungen Menschen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aus aller Welt, darunter viele, für die die kommenden Generationen das wichtigste Anliegen waren. Der Bericht enthält konkrete Empfehlungen, wie die Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen in die Tat umgesetzt werden kann.

Dieses Kurzdossier geht insbesondere auf die gehaltvollen und detaillierten Stellungnahmen zu Unserer gemeinsamen Agenda ein, die von

Mitgliedstaaten und anderen Interessenträgern bei mehr als 26 Diskussionen der Generalversammlung abgegeben wurden. Diese wurden insbesondere in den vom Präsidenten der Generalversammlung organisierten thematischen Konsultationen im Februar/März 2022 vorgetragen und umfassten ein ausdrückliches Ersuchen um eingehendere Informationen zu den Vorschlägen zugunsten der kommenden Generationen, unter Berücksichtigung der von mehreren Delegationen geäußerten Vorbehalte zu dem konkreten Vorschlag, den Treuhandrat umzufunktionieren (im vorliegenden Kurzdossier nicht enthalten). Insbesondere stützt sich der Bericht auf die themenspezifischen Konsultationen zu einer Erklärung über die kommenden Generationen, die vom Ständigen Vertreter Fidschis, S.E. Dr. Satyendra Prasad, und der Ständigen Vertreterin der Niederlande, I.E. Yoka Brandt, von Juni bis September 2022 gemeinsam moderiert wurden und deren Ergebnis das „Elementepapier für die Erklärung für die kommenden Generationen“ war. Eingehende Konsultationen fanden auch mit den wichtigsten Akteuren des Systems der Vereinten Nationen statt, darunter die Hochrangige Managementgruppe, die nach dem Dokument „Das höchste Streben: Ein Aktionsaufruf für die Menschenrechte“ eingerichtete Arbeitsgruppe für die kommenden Generationen und die beim Hochrangigen Ausschuss für Programmfragen angesiedelte Kerngruppe für zukunftsichernde Pflichten. Auch externe Akteure mit Erfahrung in diesem Bereich wurden konsultiert, darunter das Netzwerk von Institutionen für die kommenden Generationen.

Anhang II: Eine Auswahl der vorhandenen internationalen Instrumente mit Verweis auf die kommenden Generationen

- Charta der Vereinten Nationen (1945)
- Internationales Übereinkommen über die Regelung des Walfangs (1946)
- 394 Resolutionen der Generalversammlung (seit 1961)
- Afrikanisches Übereinkommen über die Erhaltung der Natur und der natürlichen Ressourcen (1968)
- Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (1972)
- Erklärung der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen (1972)
- Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (1973)
- Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (1978)
- Übereinkommen zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten (1979)
- Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (1979)
- Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern (1979)
- Weltcharta für die Natur (1982)
- Übereinkommen zum Schutz des architektonischen Erbes Europas (1985)
- Abkommen des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) über die Erhaltung der Natur und der natürlichen Ressourcen (1985)
- Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: Unsere gemeinsame Zukunft (auch bekannt als Brundtland-Bericht, 1987)
- Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung (1992)
- Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (1992)
- Übereinkommen zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen (1992)
- Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (1992)
- Übereinkommen über die biologische Vielfalt (1992)
- Übereinkommen über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen (1992)
- Nordamerikanisches Abkommen über Zusammenarbeit im Umweltbereich (1993)
- Erklärung und Aktionsprogramm von Wien (1993)

- Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (1994)
- Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (1994)
- Kopenhagener Erklärung über soziale Entwicklung (1995)
- Erklärung über die Verantwortung der heutigen Generationen gegenüber den künftigen Generationen (1997)
- Allgemeine Erklärung über das menschliche Genom und Menschenrechte (1997)
- Gemeinsames Übereinkommen über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und über die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle (1997)
- Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (1998)
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2000)
- Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe (2001)
- Allgemeine Erklärung der UNESCO zur kulturellen Vielfalt (2001)
- Erklärung von Johannesburg über nachhaltige Entwicklung (2002)
- Erklärung von Neu-Delhi über Grundsätze des Völkerrechts betreffend eine nachhaltige Entwicklung (2002)
- Politische Erklärung und Internationaler Aktionsplan von Madrid über das Altern (2002)
- Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (2003)
- Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes (2003)
- Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (2005)
- Allgemeine Erklärung über Bioethik und Menschenrechte (2005)
- Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (2007)
- Ergebnisdokument der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung „Die Zukunft, die wir wollen“ (2012)
- Beschleunigte Aktionsmodalitäten für die kleinen Inselentwicklungsländer (Samoa-Pfad) (2014)
- Übereinkommen von Paris (2015)
- Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (2015)
- Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (2017)
- Erklärung zum fünfundsiebzigsten Jahrestag des Bestehens der Vereinten Nationen (2020)
- Empfehlung zur Ethik Künstlicher Intelligenz (2021)
- Resolution des Menschenrechtsrats zum Menschenrecht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt (Resolution 48/13 des Menschenrechtsrats vom 8. Oktober 2021)
- Resolution 76/300 der Generalversammlung über das Menschenrecht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt (2022)

Endnoten

- 1 Auf Englisch verfügbar unter www.un.org/pga/76/wp-content/uploads/sites/101/2022/09/Elements-Paper-Declaration-for-Future-Generations-09092022.pdf.
- 2 Dieser Punkt zog sich durch die während der Konsultationen zum Elementepapier eingegangenen Beiträge und fand sich insbesondere in Thomas Hale et al., „Toward a Declaration on Future Generations“, August 2022.
- 3 Dies entspricht der Definition im „Elements paper for the declaration for future generations“, auf Englisch verfügbar unter www.un.org/pga/76/wp-content/uploads/sites/101/2022/09/Elements-Paper-Declaration-for-Future-Generations-09092022.pdf: „Für die Zwecke dieses Elementepapiers sind ‚die kommenden Generationen‘ als alle die Generationen definiert, die es noch nicht gibt, die noch kommen und die diesen Planeten letztlich erben werden.“ Eine Generation ist eine Kohorte, deren Mitglieder im selben Zeitraum geboren sind und die von den Erfahrungen ihrer Mitglieder geprägt ist. Legt man die künftigen Geburtenkohorten zugrunde, so wird die Zahl für die kommenden Generationen im Jahr 2100 voraussichtlich etwa 2,9 Milliarden betragen. United Nations, Department of Economic and Social Affairs, „Generations“, Report on the World Social Situation 2001, auf Englisch verfügbar unter www.un.org/esa/socdev/rwss/docs/2001/5%20Generations.pdf.
- 4 Die Weltbevölkerung wird bis zum Jahr 2100 voraussichtlich 10,4 Milliarden Menschen erreichen. Die 46 am wenigsten entwickelten Länder gehören zu den am schnellsten wachsenden Ländern der Welt, und in vielen von ihnen wird sich die Bevölkerung zwischen 2022 und 2050 voraussichtlich verdoppeln. Es ist zu erwarten, dass die Länder in Afrika südlich der Sahara bis 2100 weiter wachsen werden und mehr als die Hälfte des bis 2050 erwarteten globalen Bevölkerungswachstums auf sie entfallen wird. United Nations, Department of Economic and Social Affairs, „Summary of results“, World Population Prospects 2022 (United Nations publication, 2022), auf Englisch verfügbar unter www.un.org/development/desa/pd/sites/www.un.org.development.desa.pd/files/wpp2022_summary_of_results.pdf; United Nations, Department of Economic and Social Affairs, World Population Prospects 2022 dataset, auf Englisch verfügbar unter <https://population.un.org/wpp/>.
- 5 Dies wird Gegenstand eines in Kürze erscheinenden gesonderten Kurzdossiers sein. Zwischen „Kindern“ und „Jugendlichen“ gibt es nach den einschlägigen Definitionen zwar altersmäßige Überschneidungen, doch erwachsen aus dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes spezifische Verpflichtungen, insbesondere in Bezug auf die Beteiligung von Kindern.
- 6 Zu den Daten nach Regionen siehe United Nations, Department of Economic and Social Affairs, „Total births: 1950-2100“, auf Englisch verfügbar unter <https://population.un.org/dataportal/data/indicators/57/locations/1834,1831,1832,1829,1830,1833,1835,947/start/1950/end/2100/line/linetimeplot>.
- 7 Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future (A/42/427, Anlage, Kap. 2, Ziff. 1).
- 8 Elements paper, Abschn. 1 und 2.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Das Ständige Forum für indigene Fragen stößt zukunftsorientierte, generationenübergreifende zwischenstaatliche Dialoge an und dient als Plattform für die Weitergabe von Wissen, Werten und Informationen über Lenkungsstrukturen.
- 13 Siehe A/68/322. Dieser Bericht wurde in dem Ergebnisdokument der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung mit dem Titel „Die Zukunft, die wir wollen“ angefordert, das die Generalversammlung in ihrer Resolution 66/288 vom 27. Juli 2012 billigte.
- 14 Im Internationalen Übereinkommen von 1946 zur Regelung des Walfangs wurde das Interesse „der Völker der Welt an der Erhaltung der großen Naturschätze [...] für künftige Generationen“ anerkannt. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 sah einer Welt entgegen, in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen. In der Erklärung der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen wird in der Präambel und in den Grundsätzen 1 und 2 mehrfach auf die Notwendigkeit hingewiesen, „die menschliche Umwelt für gegenwärtige und künftige Generationen zu schützen und zu verbessern“. Mit ihrer Feststellung „Wir leihen uns Umweltkapital von den kommenden Generationen ohne die Absicht oder die Aussicht, es zurückzuzahlen [...] Wir tun das, weil wir es uns erlauben können: Die kommenden Generationen stimmen nicht ab, haben keine politische oder finanzielle Macht und können unsere Entscheidungen nicht anfechten“ lieferte die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987 die grundlegende Definition der nachhaltigen Entwicklung. (A/42/427, Anhang, Ziff. 25).
- 15 Dazu gehörten die Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung (1992), die Erklärung und das Aktionsprogramm von Wien (1993) und der Weltgipfel für soziale Entwicklung in Kopenhagen (1995).
- 16 In der Erklärung wurde bestätigt, dass es „den heutigen Generationen [obliegt] sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Interessen der heutigen und künftigen Generationen uneingeschränkt gewahrt werden“.
- 17 Dazu gehörten auch der Vorschlag, eine Hohe Kommissarin oder einen Hohen Kommissar oder eine Sondergesandte oder einen Sondergesandten einzusetzen, ein stehender Punkt auf der Tagesordnung des hochrangigen politischen Forums über nachhaltige Entwicklung sowie interinstitutionelle Koordinierung über den Koordinierungsrat der Leiterinnen und Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen. Letztlich wurden nur bei der interinstitutionellen Koordinierung Fortschritte erzielt. Die anderen Vorschläge wurden nicht weiterverfolgt.
- 18 In der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verpflichteten sich die Mitgliedstaaten ausdrücklich auf eine transformative Vision, die die Grundlage für das Wohlergehen der kommenden wie auch der heutigen Generationen schaffen würde, und im Übereinkommen von

Paris wird im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, gegen Klimaänderungen vorzugehen, ausdrücklich auf die Gerechtigkeit zwischen den Generationen hingewiesen.

- 19 Bis Januar 2023 gab es mindestens 394 Einzelresolutionen der Generalversammlung, die den Begriff „kommende Generationen“ enthielten. Die erste war die Resolution 1629 (XVI) vom 27. Oktober 1961. Vanuatu initiierte 2022 eine internationale Kampagne, den Internationalen Gerichtshof um ein Gutachten zum Klimawandel zu ersuchen, und verwies dabei konkret auf Verpflichtungen gegenüber den kommenden Generationen (siehe www.vanuatuicj.com/resolution).
- 20 Ägypten; Albanien; Algerien; Andorra; Angola; Argentinien; Armenien; Aserbaidschan; Bhutan; Bolivien (Plurinationaler Staat); Brasilien; Burundi; Côte d'Ivoire; Deutschland; Dominikanische Republik; Ecuador; Eritrea; Estland; Eswatini; Fidschi; Frankreich; Gambia; Georgien; Ghana; Guyana; Iran (Islamische Republik); Jamaika; Japan; Kasachstan; Katar; Kenia; Kuba; Lesotho; Lettland; Liberia; Libyen; Luxemburg; Madagaskar; Malawi; Malediven; Marokko; Marshallinseln; Moldau; Mosambik; Nepal; Niger; Nordmazedonien; Norwegen; Österreich; Papua-Neuguinea; Philippinen; Polen; Portugal; Republik Kongo; Republik Korea; Russische Föderation; Sambia; Schweden; Schweiz; Senegal; Seychellen; Slowakei; Sri Lanka; Sudan; Südafrika; Südsudan; Tadschikistan; Timor Leste; Tschechien; Tunesien; Uganda; Ungarn; Ukraine; Uruguay; Usbekistan; Vanuatu; Venezuela (Bolivarische Republik); Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland; Vereinigte Staaten von Amerika; und Zimbabwe. Renan Araújo und Leonie Koessler, „The rise of the constitutional protection of future generations“, Legal Priorities Project Working Paper Series No. 7 (2021), auf Englisch verfügbar unter www.legalpriorities.org/research/constitutional-protection-future-generations.html.
- 21 United Nations Environment Programme (UNEP), *Global Climate Litigation Report: 2020 Status Review* (Nairobi, 2020).
- 22 Zu den Ländern, die Institutionen oder Mechanismen eingerichtet haben, um langfristiges Denken in die Prozesse zur Gestaltung ihrer Politik einzubinden, gehören Costa Rica, Ecuador, Finnland, Jamaika, Singapur und Ungarn. Allein auf dem afrikanischen Kontinent gibt es mehr als 100 verschiedene Komitees, Ministerien und Einrichtungen auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen, deren Mandat die Erhaltung der Umwelt, des Kulturerbes und der natürlichen Ressourcen für die heutigen und die kommenden Generationen umfasst. Elizabeth Dirth und Nicole Kormann da Silva, „Building our common future: the role of the Network of Institutions for Future Generations in safeguarding the future“ (Köln, ZOE Institute for Future-fit Economies, 2022), auf Englisch verfügbar unter https://futureroundtable.org/documents/2238847/0/NIFG+Publication_VFINAL.pdf.
- 23 In Ungarn ist eine Ombudsperson für die kommenden Generationen mit einer Reihe von besonderen Befugnissen ausgestattet, die im Grundgesetz und im Ombudsgesetz vorgesehen sind, um die Interessen und Bedürfnisse der kommenden Generationen zu fördern.
- 24 Zu diesen Ländern gehören Bolivien (Plurinationaler Staat), Chile, Ecuador, Finnland, Island, Israel, Kanada, Litauen, Neuseeland, Norwegen, Paraguay, Philippinen, Schottland (Vereinigtes Königreich), Schweden, Ungarn und Wales (Vereinigtes Königreich). Zu den speziellen Organen gehören die Folgenden: Ausschuss für die Zukunft (Parlament Finnlands); Ausschuss für Forschung, Innovation und Digitalisierung (Parlament Österreichs); Ständiger Ausschuss des Unterhauses für Industrie und Technologie (Parlament Kanadas); Ausschuss für die Zukunft, Wissenschaft, Technologie und Innovation (Nationalkongress Chiles); Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten (Parlament Estlands); Zukunftsausschuss (Parlament Islands); Ausschuss für die Zukunft (Parlament Litauens); Sonderausschuss für die Zukunft (Kongress Paraguays); Ausschuss für die Ziele für nachhaltige Entwicklung, Innovation und Zukunftsdenken (Kongress der Philippinen); Ausschuss für Digitalisierung, Innovation und moderne Technologie (Parlament Polens); Ausschuss für Wissenschaft, Technologie, Forschung und Innovation (Nationalversammlung Thailands); Sonderausschuss für Zukunftsfragen (Parlament Uruguays); und Ausschuss für Wissenschaft, Technologie und Umwelt (Nationalversammlung Vietnams). In Finnland hat ein ständiger parlamentarischer Ausschuss für die Zukunft die Aufgabe, mit der Regierung Dialoge über wichtige Zukunftsprobleme und -chancen anzustoßen. Die Vereinigten Arabischen Emirate verfolgen mit ihrem Plan zum hundertjährigen Bestehen der Vereinigten Arabischen Emirate „UAE Centennial 2071“ das Ziel, in die kommenden Generationen zu investieren, indem ihnen die Fertigkeiten und Kenntnisse vermittelt werden, die sie benötigen, um raschen Veränderungen zu begegnen.
- 25 Dirth und Kormann da Silva, „Building our common future“; und Parliament of Finland, *The World Summit of the Committees of the Future*, auf Englisch verfügbar unter www.eduskunta.fi/world-summit-committees-future.
- 26 Elements paper, Abschn. 3.
- 27 Ebd.
- 28 Jüngere Generationen (geboren im Jahr 2020) werden im Laufe ihres Lebens vier- bis siebenmal stärker von Hitzewellen betroffen sein als ältere Generationen (geboren im Jahr 1960). United Nations Development Programme, *Human Development Report 2021–2022: Uncertain Times, Unsettled Lives: Shaping our Future in a Transforming World* (United Nations publication, 2022).
- 29 Elementepapier.
- 30 United Nations Children's Fund (UNICEF), „Girls' education“, auf Englisch verfügbar unter www.unicef.org/education/girls-education; und Theirworld, „Girls' education“, auf Englisch verfügbar unter <https://theirworld.org/resources/girls-education/>.
- 31 Siehe insbesondere Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, Bericht über die menschliche Entwicklung 2019: Jenseits von Einkommen, Durchschnittswerten und über den heutigen Tag hinaus: Ungleichheiten in der menschlichen Entwicklung im 21. Jahrhundert (auf Deutsch verfügbar unter https://dgvn.de/publications/PDFs/UN_Berichte/HDR/HDR-2019.pdf); Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, Bericht über die menschliche Entwicklung 2020: Die nächste Herausforderung: Menschliche Entwicklung und das Anthropozän (auf Deutsch verfügbar unter https://dgvn.de/publications/Bilder/UN-Berichte/HDR_2020.pdf); und United Nations Development Programme, *Human Climate Horizons*, auf Englisch verfügbar unter <https://horizons.hdr.undp.org> (abgerufen am 9. Februar 2023).
- 32 Weitere Funktionen, die in der Vergangenheit für eine Gesandte oder einen Gesandten vorgeschlagen wurden, sind die Festlegung einer internationalen Agenda und die Übernahme einer Führungsrolle; Überwachung, Frühwarnung und Überprüfung; Beteiligung der Öffentlichkeit; Innovationsfähigkeit auf nationaler und subnationaler Ebene; öffentliches Verständnis und Erkenntnisgewinn; und Berichterstattung (siehe A/68/322). Studien zur generationenübergreifenden Nachhaltigkeit zeigen in der Regel, dass die Einbeziehung solcher Fürsprecherinnen und Fürsprecher für die kommenden Generationen die Wahrscheinlichkeit nachhaltiger Entscheidungen erhöht. Mostafa E. Shahan, Koji Kotani und Tatsuyoshi Saijo, „Intergenerational sustainability is enhanced by taking the perspective of future generations“, *Scientific Reports* 11 (2021).
- 33 Future-proofing could be defined as improving institutions, policies and processes' capacity to enhance the long-term survival of humanity, by accounting for the interests of future generations and addressing extreme risks. As one example, the Simon Institute for Longterm Governance is developing a definition and framework for future-proofing that incorporates such elements as prioritization,

representation, extension, preservation, anticipation, referencing, and evaluation. Simon Institute for Longterm Governance, "Frameworks & methods", available at www.simoninstitute.ch/project/public-policy-making-longterm-future/.

- 34 Elementepapier.
- 35 Die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung arbeitete an der immersiven Darstellung verschiedener Zukunftsszenarien (und potenzieller Generationen), die Gesprächspartnern die Folgen ihres Handelns vor Augen führen soll. Siehe United Nations, Department of Political and Peacebuilding Affairs, „Futuring Peace“, auf Englisch verfügbar unter <https://futuringpeace.org/> (abgerufen am 9. Februar 2023).
- 36 Die aus 16 Institutionen des Systems der Vereinten Nationen bestehende und vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen und von der Universität der Vereinten Nationen gemeinsam geleitete Kerngruppe hat ein Diskussionspapier mit dem Titel „Duties to the future through an intergenerational equity lens“ (Zukunftssichernde Pflichten aus dem Blickwinkel der Generationengerechtigkeit) herausgegeben, in dem Schlüsselkonzepte definiert und die wichtigsten Herausforderungen und Chancen für die Zukunft umrissen werden, darunter demografische, institutionelle, technologische und ökologische Herausforderungen, Herausforderungen in Bezug auf Wissen und Daten, Ungleichheiten, verzerrte politische und wirtschaftliche Anreize und rechtliche Möglichkeiten. United Nations System Chief Executive Board for Coordination, „Duties to the future through an intergenerational equity lens“, auf Englisch verfügbar unter <https://unsceb.org/topics/duties-future>.
- 37 Elementepapier.
- 38 A/50/142, Resolution 50/55 der Generalversammlung und A/50/1011.

